

Entwurf 24.03.2016

GEMEINSAM GUTE ZUKUNFT SCHAFFEN

**Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf**

Inhalt

Einleitung

Gut wohnen - mobil sein - Stadt gestalten

**Bezahlbares Wohnen in lebenswerten Stadtteilen
Natur, Umwelt und Klima schützen
Berlin braucht Grün!
Urban und nachhaltig mobil**

Zusammen leben und lernen

**Familie stärken
Willkommenskultur - leicht gemacht
Für bessere Kitas, Schulen und Ausbildung
Kultur erhalten
Inklusion
Selbst bestimmt im Alter
Soziales - Gesundheit**

Bezirke und Verwaltung stärken - fair wirtschaften

**Verwaltung - Finanzen - Personal
Mitreden - mitgestalten
Gleichstellung vorantreiben
Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur pflegen**

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Charlottenburg-Wilmersdorf,

in unserem Charlottenburg-Wilmersdorf lässt es sich gut leben. Und sicherlich lieben Sie unsere Kieze genauso wie wir. Doch Berlin verändert sich. An allen Ecken und Enden wird in unserem Bezirk gebaut – leider überwiegend Wohnungen für gut betuchte Menschen.

Bei allen Veränderungen, die unser Bezirk derzeit erlebt - wir wollen die Lebensqualität, Vielfalt und Weltoffenheit, die unser Leben hier prägt, erhalten und fortentwickeln. Wir können nicht versprechen, dass wir all unsere Ziele erreichen. Aber wir versprechen Ihnen – dafür bleiben wir unbequem.

Wir streiten für bezahlbares Wohnen, für gute Nachbarschaften und sozialen Zusammenhalt. Schulen und Kitas, Straßen und Grünanlagen müssen endlich solide erneuert und besser gepflegt werden. Weil derzeit einige grüne Oasen verbaut werden, brauchen wir mehr Grün für die verdichtete Stadt. Grün und Stadtnatur, sauberes Wasser und klare Luft, weniger Lärm und neue Energien haben grundlegende Bedeutung für eine lebenswerte Zukunft. Dafür wollen wir auch die Bahnflächen am Westkreuz in einem Stadtpark verwandeln!

Wir setzen auf eine starke City West und haben viele grüne Ideen, mit denen kreative Unternehmen schwarze Zahlen schreiben können. Wirtschaftsfairness und existenzsichernde Arbeitsplätze müssen dabei Maßstab der Entwicklung sein.

Sozial benachteiligte Menschen brauchen besonderen Schutz. Die vorbildliche Hilfe für die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, werden wir weiter mit aller Kraft unterstützen. Integration kann nur gelingen, wenn alle mit anpacken, damit unsere neuen Mitbürger*innen eine neue Heimat in Wohnung und Nachbarschaft, Schule und Arbeitsplatz finden. In unserem Bezirk gibt es eine großartige Hilfsbereitschaft. Genau das ist die beste Medizin gegen die aktuellen Tendenzen von Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung. Wir bitten Sie: Stehen Sie mit uns für Gemeinnutzen, Respekt gegenüber Schwächeren, Mitgefühl und Solidarität!

In Zeiten des Wachstums müssen die Bezirke besonders handlungsstark sein. Sie brauchen dringend mehr Geld für eine tüchtige und handlungsfähige Verwaltung und für Investitionen in die Infrastrukturen. Wir werden nicht nachlassen, für starke Bezirke zu streiten.

Wir wollen Ihnen Lust auf Politik machen und hoffen auf Ihre Mithilfe, das Leben in Charlottenburg-Wilmersdorf positiv zu gestalten.

Herzliche Grüße
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Gut wohnen - mobil bleiben - Stadt gestalten

Bezahlbares Wohnen in lebenswerten Stadtteilen

Berlin wächst und verändert sich. Das Leben in Charlottenburg-Wilmersdorf, das schon immer anziehend auf Menschen aus aller Welt gewirkt hat, wird noch bunter und reichhaltiger. Unser Bezirk bietet vielfältige Lebens- und Arbeitsräume: von der City bis zum Grunewald, von Schmargendorf bis zu den Gewerbequartieren an der Spree. Das Bevölkerungswachstum und die intensive Bautätigkeit überlasten aber auch Schulen und Kitas und führen zu Konkurrenz um verbliebene Freiräume. Gerade in Zeiten des Wachstums ist es uns wichtig, urbane Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Unsere wichtigsten Ziele und Projekte für die kommenden fünf Jahre:

- **bezahlbare Wohnviertel durch Milieuschutzgebiete,**
- **mehr bezahlbarer Wohnungsneubau,**
- **mehr vorausschauende Stadtteilplanung,**
- **eine Vorhabenliste für bessere Bürgerinformation,**
- **den Bildungsstandort Halemweg entwickeln.**

Bezahlbares Wohnen zu sichern und zu schaffen, ist für uns eine zentrale Aufgabe. Die attraktive und bunte soziale Mischung in unseren Nachbarschaften funktioniert nur, wenn die Mieten bezahlbar bleiben. Dies ist für die große Mehrheit der Berliner Bevölkerung ebenso elementar wie für die Integration der Flüchtlinge. Leider werden aber gerade in unserem Bezirk überwiegend hochpreisige Eigentumswohnungen gebaut. Viele ehemalige Sozialwohnungen sind bereits abgerissen worden. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Ferienwohnungen und kaum genutzten Zweitwohnungen zu. Um dagegen wirksam vorzugehen, müssen die rechtlichen Grundlagen verbessert werden. Den Bezirken muss ausreichend Personal z. B. zur Kontrolle der Zweckentfremdung von Wohnungen und zur Durchsetzung baurechtlicher Auflagen gegeben werden.

Milieuschutzgebiete sind ein wichtiges Instrument, um bezahlbares Wohnen in einzelnen Kiezen zu sichern. In Gebieten mit einer Milieuschutzsatzung können Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentum und Luxusmodernisierungen, die Mieten in die Höhe treiben, verboten werden. Wir Grüne fordern, dass unsere Initiative praktisch umgesetzt wird. Die Mierendorffinsel und weitere besonders betroffene Gebiete müssen endlich als Milieuschutzgebiete ausgewiesen werden. Für diese Kieze brauchen wir auch ein engagiertes **Stadtteilmanagement**, das die Bewohner*innen unterstützt.

Die Pflege der Infrastrukturen Berlins, das heißt Schulen, Kitas, Spiel- und Sportanlagen ebenso wie Straßen, Plätze und öffentliches Grün ist über Jahre stark vernachlässigt worden. Nun muss die Stadt doppelt investieren: in die Erneuerung und ökologische Ertüchtigung des Bestands ebenso wie in die Erweiterung der Infrastruktur für den Zuwachs an Bevölkerung. Hierfür braucht unser Bezirk dringend Geld und eine solide Planung für die Infrastrukturentwicklung. Und der müssen dann auch konkrete Taten folgen!

Städtebauliche Verträge ermöglichen es, einen Teil der Spekulationsgewinne der Investoren zugunsten von bezahlbaren Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen abzuschöpfen. Auch dieses Instrument muss in unserem Bezirk konsequenter angewandt werden. Denn zukunftsorientierter und nachhaltiger Neubau, von dem die gesamte Stadtgesellschaft profitiert, bedeutet auch soziale und ökologische Qualität mit ausreichend Kitas, Schulen, Spiel- und Sportplätzen.

Städtische Verdichtung und die **Qualifizierung von Freiräumen** müssen im Gleichgewicht erfolgen. Um neues Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur und Grünflächenplanung aufeinander abzustimmen, brauchen wir die bezirkliche **Bereichsentwicklungsplanung**.

Eine **auskömmliche Personal- und Finanzausstattung** der Verwaltung ist zwingend erforderlich, damit eine vorausschauende Planung durchgeführt und umgesetzt werden kann. Die Sparpolitik des Senats hat inzwischen dazu geführt, dass in Ermangelung eigener Planungskapazitäten die Verwaltung von Investorenwünschen abhängig ist. Der Bezirk braucht die Möglichkeit, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen.

Gute Information und Bürger*innenbeteiligung müssen selbstverständlicher Teil der Arbeit von Politik und Verwaltung sein. In vielen Fällen ist dies in Charlottenburg-Wilmersdorf auch bereits der Fall. Unsere Kieze zeichnet ein großes bürgerschaftliches Engagement aus. Das sollte noch stärker in die Planungsprozesse einbezogen werden als bislang. Dafür brauchen wir eine **Vorhabenliste**, die die Bürger*innen frühzeitig über Planungsabsichten informiert und darstellt, wie Anwohner*innen sich beteiligen können. Das können neben Einwohner*innenversammlungen auch Planungskonferenzen oder runde Tische sein. Entscheidend ist, dass Politik und Verwaltung den Bürger*innen auf Augenhöhe begegnen und Bürger*innenanliegen ernst nehmen.

Umwelt- und klimaverträgliches Bauen muss bei Bauprojekten selbstverständlich werden: Fassadenbegrünung, Dachgärten, innovative Regenwasserbewirtschaftung, die Verwendung von regenerativen Energien und ökologischen Baumaterialien sind nur einige Bestandteile einer nachhaltigen Bauweise, von der wir alle profitieren.

Wir Grüne setzen uns für **Bauherrenvielfalt** ein, statt die Entwicklung überwiegend profitorientierten Investoren zu überlassen. Dazu gehört eine Parzellierung größerer Grundstücke und die stärkere Berücksichtigung und Unterstützung von städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und sozial orientierten Baugruppen oder Vereinen.

Die **Stadt der kurzen Wege** bietet eine lebendige Mischung aus Arbeiten, Wohnen und Erholung. Einkaufen muss per Rad und zu Fuß möglich sein. Der Qualität und Attraktivität unserer Einkaufsstraßen muss mehr Beachtung geschenkt werden. Ein bezirkliches **Einzelhandelskonzept** soll eine gute Nahversorgung in allen Teilen des Bezirks sicherstellen. Wir wollen kleine Geschäftsstraßen stärken und neue große Shopping-Center verhindern. Die Tradition des Kurfürstendamms als Boulevard mit Kultur und Unterhaltung ist auch unter dem aktuell starken Investorendruck zu erhalten. Denn die City-West muss als urbanes Zentrum Berlins auch in Zukunft mehr zu bieten als gutes Einkaufen.

Unsere **Plätze** sind wichtige Begegnungsorte für die Menschen, die im Bezirk leben und arbeiten. Durch eine Neugestaltung des **Hardenbergplatzes** soll der Zugang zum Tiergarten und Zoo attraktiver werden und der Bahnhof besser erreichbar. Auch der **Breitscheidplatz** soll durch weniger Budenzauber seiner Bedeutung wieder besser gerecht werden. Der **Olivaer Platz** wird mit seiner offenen Grüngestaltung mit weniger Stellplätzen ein lebendiger Park werden. Dort werden Ideen realisiert, die von Anwohner*innen, Kindern und Jugendlichen zusammen geplant wurden. Der **Henriettenplatz** ist das westliche Tor zum Kurfürstendamm. Die neue Bebauung braucht die Qualität, dieses Tor elegant zu umrahmen und zu markieren

Baukultur spielt in unserem Bezirk eine große Rolle. Wir fordern Investoren auf, die Qualität von Neubauten durch mehr Wettbewerbe zu verbessern. Wir brauchen eine Wertschätzung früherer Architekturen und treten dafür ein, dass historisch wertvolle Gebäude erhalten bleiben. Das gilt auch für die Häuser der Nachkriegsmoderne. Dafür brauchen wir manchmal innovative Nutzungskonzepte, aber auch das Bewusstsein, was denkmalwürdig und erhaltenswert ist.

Einige Standorte haben besonderen Entwicklungsbedarf, insbesondere das ICC und der Universitätscampus Charlottenburg. Auf dem Areal des ehemaligen Tanklagers in der Quedlinburger Straße plant der Werkbund e. V. eine **Werkbundstadt** als Modell für das Wohnen im 21. Jahrhundert. Dies werden wir positiv aber auch kritisch begleiten. **Charlottenburg Nord** wird sich in nächster Zeit stark verändern. Mit der Schließung des Flughafens Tegel und der Entwicklung eines Industrie- und Forschungsstandorts wird auch dort ein Wandel einsetzen. Gleichzeitig werden am Halemweg ein neues Bildungszentrum und neuer Wohnungsbau entstehen. Dafür soll ein Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept erarbeitet werden, das die Perspektiven für den Stadtteil aufzeigt. Diese Chance für eine ökologische und soziale Stadtteilentwicklung wollen wir nutzen.

Natur, Umwelt und Klima schützen

In Berlin wird gern über Klima- und Umweltschutz geredet – es wird bislang aber zu wenig gehandelt. Das muss sich ändern! Gerade die derzeitige intensive Bauphase und der große Nachholbedarf bei der Erneuerung von öffentlichen Gebäuden müssen konsequent genutzt werden für umwelt- und klimaverträgliche Investitionen. Der Senat hat das Ziel **Klimaneutrales Berlin bis 2050** vorgegeben. Um die Vorgaben der Energieeffizienzrichtlinie der EU, die Anforderungen des neuen Berliner Energiewendegesetz und die Ziele der Enquetekommission des Abgeordnetenhaus „Neue Energie für Berlin“ zu erfüllen, muss klimapolitisches Handeln vor allem auch auf der Ebene der Bezirke verbindlich organisiert werden.

Unsere wichtigsten Ziele für die kommenden Jahre sind:

- **die Erweiterung des Umwelt- und Naturschutzamts zu einem Amt für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz,**
- **verbindliche ökologische und energetische Kriterien für private und öffentliche Neubauten und Modernisierungen,**
- **Aufbau eines Klimabüros zur Beratung von bürgerschaftlichen Umweltprojekten,**
- **gutes Gelingen für den „Ökokiez Klausenerplatz“, "Die Nachhaltige Mierendorffinsel" und die "Energieautarken Wohnquartiere" Eichkamp und Siedlung Heerstraße,**
- **saubere Luft und besserer Lärmschutz für unsere Schulen.**
- **Wir nehmen Senat, Bund und Bahn in die Pflicht: Weniger Lärm und Feinstaubbelastung an Autobahn und Hauptstraßen - moderne Lärmschutzstandards für den Südring - sauberes Wasser für Spree, Havel und unsere Seen.**

Klimaschutzpolitik und Energiewende müssen mit Umweltschutz verbunden und auf Ebene der Bezirke verbindlich organisiert werden. Dafür muss das Umwelt- und Naturschutzamt zu einem **Amt für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz** erweitert und fachkompetent ausgestattet werden. Nur auf solch qualifizierter Basis können die anstehenden Aufgaben ernsthaft in die Praxis umgesetzt werden.

Vorbildliches öffentliches Bauen: Bei Neubau und Modernisierung öffentlicher Gebäude müssen Energieeffizienz, Klimaschutz und Umweltverträglichkeit vorbildlich verwirklicht werden. Bei Neubau und Modernisierung öffentlicher Gebäude wollen wir mindestens Niedrigenergiestandard erreichen. Dabei setzen wir uns immer für Lösungen ein, die Baukultur und Denkmalschutz mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden.

Speziell bei Schulbau und -modernisierung liegen uns Investitionen in Klima- und Umweltschutz, in gute Luftqualität und besseren Lärmschutz am Herzen. Wo immer möglich, soll dies auch mit Projekten der **Umweltbildung** verknüpft werden. Denn gerade für unsere Jugend ist das Lernen und Leben von Umweltverantwortung elementar.

Kriterien für **Natur- und Umweltschutz, Klimaschutz und erneuerbare Energien bei privaten Neubauvorhaben** müssen erarbeitet und eingefordert werden. Regenwassermanagement muss selbstverständliche Planungsvorgabe sein. Ihre Durchführung muss auch kontrolliert werden. Personal für die Einführung von stichprobenartigen **Kontrollen der geltenden Energieeinsparverordnung** ist überfällig.

Anpassung an den Klimawandel planen: Bei der städtebaulichen Verdichtung müssen Luftschneisen und Klimasenken ebenso bedacht werden wie der Umgang mit zunehmenden Wetterextremen. Wir wollen den Bau von Tiefgaragen unter Grünflächen vermeiden. Sonst haben Bäume keine Chance und es kann kein Grundwasser gebildet werden.

Modellprojekte vorantreiben: Wir suchen nach Finanzmitteln, um das Modellprojekt **Klimabüro** neu zu beleben. So kann bürgerschaftliches Engagement, wie z. B. Klimaschutzfonds oder Bürgerenergiegenossenschaften unterstützt werden. Auf öffentlichen und privaten Gebäuden sollen endlich Solaranlagen blinken und in Keller und Erdboden klimafreundliche Geothermie und Blockheizkraftwerke CO₂ einsparen. Auch die Abwasserwärme sollte da, wo es lohnt für Raumwärme und Warmwasser nutzbar gemacht werden.

Das mit grüner Tatkraft auf den Weg gebrachte Projekt **Ökokiez Klausenerplatz** wollen wir verstetigen und ausweiten. Dafür bemühen wir uns um weitere bundespolitische Finanzhilfen. Unsere volle Unterstützung haben auch die sehr engagierten Projekte der **Zukunftstadt 2030** auf der Mierendorffinsel und am Bundesplatz wie auch die Bewohnerinitiativen für **energieautarke Wohnquartiere Eichkamp und Siedlung Heerstraße**.

Weniger Lärm – weniger Feinstaub: Unsere drängendsten Umweltforderungen richten sich an Senat und Bund: Der Lärm und die Feinstaubbelastung an Autobahn und Hauptstraßen müssen verringert werden. Dies gilt u. a. für den Stadtring, die Kantstraße, Bundesallee, Brandenburgische, Lewisham- und Kaiser-Friedrich-Straße, den Kurfürstendamm, den Hohenzollerndamm und den Hardenbergplatz. Auch die überhöhten Abgaswerte der vielen Dieselfahrzeuge infolge von betrügerischen Emissionsangaben von Autoherstellern dürfen vom Senat nicht achselzuckend hingenommen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Verbesserung und Verschärfung der Umweltzone ein. Am Stadtring verlangen wir vom Senat die Errichtung von Schallschutz.

Sorge macht uns auch die anstehende Wiederinbetriebnahme des **Güterbahnverkehrs und die bevorstehende Elektrifizierung** auf dem Südring, was insbesondere nachts die bereits unzumutbare Lärmbelastung durch Autobahn und S-Bahn verstärken wird. Hier fordern wir dringend den Einsatz von modernster Schallschutztechnik.

Sauberes Wasser für Mensch und Natur: Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass unsere Seen wieder **Badewasserqualität** bekommen. Mit grünem Engagement wurde die Binsenkläranlage am Halensee gepflanzt. Darum wollen und können wir hoffentlich bald wieder im Halensee baden. Wir setzen uns für Qualitätsverbesserungen auch bei den anderen Seen der Grunewaldseenkette und dem Lietzensee ein. Vor allem muss die Überlastung des Grunewaldsees als Hundeauslaufgebiet eingeschränkt werden.

Die Spree ist für alle da. Zug um Zug sollen die Spree und ihre Kanäle für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für die Pflege und Gestaltung von Uferzonen schlagen wir Patenschaften mit Anwohner*innen vor. Wo möglich, sollen naturnahe Gewässerabschnitte und Uferzonen geschaffen werden. An der Spreeschleuse sollen auch Fischtreppe gebaut werden für wandernde Fische, aber auch Fischotter und Biber.

Bedrohlich ist die steigende **Sulfatbelastung der Spree** durch den Braunkohleabbau in der Lausitz. Dies kann sich auf unser Trinkwasser auswirken. Auch hier fordern wir, dass der Senat sich gegenüber

dem Land Brandenburg und dem verantwortlichen Unternehmen Vattenfall konsequent für die Reinhaltung der Spree einsetzt.

Regenwasser soll besser genutzt werden. Statt den Regen in die Mischkanalisation zu leiten, soll mehr Regenwasser für Gärten und öffentliche Grünflächen genutzt werden oder in Flussnähe direkt in die Spree oder den Landwehrkanal geleitet werden. Wir halten hier Modellprojekte an Gebäuden der TU für besonders geeignet.

Berlin braucht Grün!

Unser Bezirk umfasst hoch verdichtete Innenstadtteile, durchgrünte Villen- und Wohnviertel und einen großen Teil des Grunewalds. Insbesondere die Innenstadt wird zur Zeit baulich stark verdichtet. Bereits jetzt fehlen hier die dringend benötigten Grün- und Erholungsflächen. Oft reichen aber die verfügbaren Flächen nicht für ausreichend große Grünanlagen. Darum setzen wir uns für die Schaffung von attraktiven Stadtplätzen und für die Begrünung von Brachen und Zwischenräumen ein, insbesondere für die Öffnung des Areals am Westkreuz.

Unsere wichtigsten Forderungen und Projekte für die nächsten Jahre sind:

- **die bessere Ausstattung der öffentlichen Grünflächenpflege,**
- **die „Essbare Stadt“ und eine Beratungsstelle für Urban Gardening,**
- **die stärkere Berücksichtigung von Natur-, Boden- und Grundwasserschutz bei Bauvorhaben,**
- **die Öffnung des Westkreuz für einen Stadtpark mit Fuß- und Radwegen zur Erschließung des S-Bahnhofs.**

Wir wollen **öffentliche Grünanlagen** erhalten und qualifizieren. Dafür soll das Freiraumkonzept des Bezirks durch kleinteilige Teilbereichspläne ergänzt werden.

Bei neuer Bebauung müssen verstärkt **Fassaden-, Hof- und Dachgrün** eingefordert werden. Der Natur-, Boden- und Grundwasserschutz muss bei Bauvorhaben stärker berücksichtigt werden.

Das Gärtnern in der Stadt hat eine wichtige soziale Funktion. **Urban Gardening** wollen wir auf geeigneten Flächen unterstützen. Ehrenamtliche Hilfe und Patenschaften bei der Pflege öffentlichen Grüns möchten wir mobilisieren und unterstützen wie am Lietzenseepark, bei der Gerhard-Hauptmann-Anlage und am Nikolsburger Platz. Unser Projekt **Essbare Stadt** wollen wir weiter vorantreiben. Essbare Pflanzen an verschiedensten Orten machen Lust aufs Naschen im Garten Berlin. Gerade in wohnungsnahen Bereichen sollten Flächen zum gemeinschaftlichen Gärtnern für Nachbarschaften und Schulen zur Verfügung gestellt werden. Wir wünschen uns eine **Beratungsstelle für Urban Gardening**, die geeignete Flächen aufspürt und sich um Vereinbarungen mit Nutzern, Vernetzung mit Ämtern etc. kümmert.

Naturerlebnis und Naturschutz: Unser Bezirk hat mit Grunewald, Teufelsberg, Murellenschlucht und Jungfernheide schöne und überregional bedeutsame Wald- und Erholungsgebiete. Die gilt es besser zu schützen und zu pflegen. Wir fördern urbane Wildnis auch als Erlebnisraum und bemühen uns, dafür geeignete Flächen dauerhaft zu sichern und Naturerfahrungsräume für Kinder und Jugendliche einzurichten. Auch der Schutz und die Renaturierung von Feuchtgebieten wie dem Postfenn, dem

Teufelssee oder der Saubucht sind uns wichtig. Dies ist für den **Schutz der Artenvielfalt** genauso bedeutend wie für den Klimaschutz.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der **Teufelsberg** an Berlin zurückgegeben und öffentlich zugänglich gemacht wird. Das Gelände muss Teil des Berliner Waldes bleiben und als Ort der Geschichte Berlins unter Denkmalschutz gestellt werden.

Das Bewusstsein der Bevölkerung für die Vielfalt der Natur in der Stadt wollen wir stärken, die Wohnungswirtschaft und Grundstückseigentümer, Unternehmen, Vereine und Verbände als Partner gewinnen. Möglichkeiten gibt es viele: Bienenstöcke im Hof oder Garten, Insektenhotels, Nistkästen und -hilfen am Baum oder Haus, Verwendung einheimischer Pflanzen und Gehölze u. v. a.

Kleingärten sind ein wichtiger Bestandteil unseres Bezirkes. Wir werben für eine weitere Öffnung der Anlagen in die umgebenden Stadtquartiere. Wo immer möglich, setzen wir uns für den Erhalt der Gärten ein. Wir haben in jüngster Vergangenheit aber lernen müssen, dass nicht alles Wünschenswerte auch umsetzbar ist. Angesichts des weiter ansteigenden Wohnungs- und Infrastrukturbedarfs wäre es aber vermessen, heute zu versprechen, alle derzeit bestehenden Kleingärten auch in Zukunft erhalten zu können. Darum werden wir die in der Diskussion stehenden Gemeinbedarfsvorhaben und Wohnbauprojekte auf Kleingartenanlagen sehr bedacht prüfen.

Schritt für Schritt wollen wir die **grünen Wegenetze** im Bezirk erweitern. Der in den letzten Jahren angelegte Teil des **Spreeuferwegs** soll qualifiziert und vom Schlossgarten aus in Richtung Spandau weiter ausgebaut werden. Wir setzen uns für eine Brücke vom Spreeuferweg über die Schleuseninsel nach Charlottenburg-Nord ein, um die Überquerung zu Fuß und zu Rad zu verbessern.

Die künftige Umnutzung des Flughafens Tegel zu einem Forschungs- und Industriepark rückt näher. Unsere Idee, von der Jungfernheide aus eine neuen **Fuß- und Radverbindung über den Spandauer Schifffahrtskanal** zu schaffen, ist glücklicherweise schon in die Planung aufgenommen worden. Auch im Bereich Halemweg soll diese Wegverbindung berücksichtigt werden.

Für all diese Aufgaben muss die **Pflege der öffentlichen Grünflächen und Straßenbäume endlich wieder auskömmlich finanziert werden**. Die Verwaltung braucht ausreichend fachkundiges eigenes Personal und auch ein Budget für Öffentlichkeitsarbeit und Bürger*innenbeteiligung. Auch die Untere Naturschutzbehörde muss gestärkt werden: Freilandartenschutz, Biodiversität, Landschaftsplanung, Baumschutz kann nur mit ausreichend Personal geleistet werden. Dies gilt insbesondere bei vermehrter Bautätigkeit.

Das Westkreuz soll zum Westkreuzpark werden!

Seit vielen Jahren setzen wir uns für eine Öffnung des S-Bahnhof Westkreuz mit Wegen und Zugängen für die benachbarten Wohnviertel ein. Am Westkreuz ist aber noch viel mehr möglich. Der Park am Gleisdreieck zeigt uns, welch großartiges Potenzial ungenutzte Bahnbrachen für die innerstädtische Naherholung haben können. Die derzeitige bauliche Verdichtung macht dies besonders wichtig. Wir wollen die Brachen zwischen den Gleisen zu einem naturnahen Stadtpark entwickeln mit Integration der vorhandenen Kleingärten, mit Raum für Spiel und Sport und mit Fuß- und Radwegverbindungen zum S-Bahnhof Westkreuz. Davon kann die ganze City West profitieren, insbesondere die Stadtteile an Kantstrasse, Stuttgarter Platz, Kurfürstendamm und Halensee.

Urban und nachhaltig mobil

Autogerechter Städtebau war gestern. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger geben dem Öffentlichen Nahverkehr, dem Fahrrad und dem Carsharing den Vorzug und mixen die Verkehrsmittel auf intelligente und nachhaltige Weise. Dieser Trend wird von Jahr zu Jahr deutlicher, vor allem in den Berliner Innenstadtbereichen. Schritt für Schritt wollen wir dabei gut gestaltete Räume und neue urbane Lebensqualität im öffentlichen Straßen- und Platzraum zurückgewinnen. Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die das menschliche Maß in den Mittelpunkt rückt und städtebauliche Qualitäten zur Geltung bringt.

Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- **urbane Lebensqualität im Straßenraum,**
- **sichere Bürgersteige und Fußwege,**
- **neue Radspuren und Fahrradstellplätze,**
- **Pendler*innen für Busse und Bahnen gewinnen,**
- **Carsharing fördern,**
- **Bahnhof Zoo endlich wieder als Fernbahnhof nutzen,**
- **Spielstraßen und Begegnungszonen einrichten,**
- **Straßen ökologisch sanieren und erhalten.**

Besser zu Fuß

Zu Fuß erleben wir den öffentlichen Raum mit all unseren Sinnen. Fußwege wollen wir attraktiver und sicherer machen. Durch abgesenkte Bordsteinkanten kommen Eltern mit Kinderwagen, Menschen mit Rollatoren und Rollstuhlfahrer*innen barrierefrei voran. Mehr Zebrastreifen sind für sichere Wege nötig, beispielsweise an U-Bahnstation Hohenzollerndamm.

Schulwegsicherheit verbessern: Wir setzen uns für eine Verbesserung der Schulwegsicherheit ein. Nach wie vor stellt das Bringen und Abholen der Schülerinnen und Schüler mit dem Auto ein ungelöstes Verkehrssicherheitsproblem dar. Da die Kinder oft zur gleichen Zeit und unter Zeitdruck kurz vor Schulbeginn gebracht werden, stellen Eltern mit ihren Autos im näheren Umfeld der Schulen oft das größte Verkehrsrisiko dar. Sie gefährden insbesondere diejenigen Kinder, die mit dem Fahrrad oder zu Fuß in die Schule kommen. Wir möchten ein Pilotprojekt an einer Schule unseres Bezirks initiieren, bei dem darauf hingewirkt wird, dass Eltern freiwillig ihre Kinder dazu motivieren, zu Fuß oder per Rad zur Schule zu gehen. Denjenigen Eltern, die auf das Bringen ihrer Kinder per Auto nicht verzichten wollen oder können, sollen stattdessen im weiteren Umfeld der Schule geeignete Haltemöglichkeiten angeboten werden. Die Schülerinnen und Schüler erhalten durch diese Maßnahme die dringend benötigte Bewegung vor dem Schulbeginn. Dies verbessert die Aufnahme- und Lernfähigkeit der Kinder und beugt den Problemen durch Bewegungsmangel vor. Wichtig ist dabei auch, dass die Kinder lernen, sich sicher im Straßenverkehr zu bewegen.

Die Grünphasen an Ampeln müssen für Fußgänger*innen ausreichend lang geschaltet werden um die Straßen sicher kreuzen zu können. Fußgängerüberwege sind vielerorts verbesserungsbedürftig. Am Bundesplatz und an der Kreuzung Messedamm-Masurenallee setzen wir uns seit langem für ebenerdige Straßenquerungen ein. Den Volkspark Wilmersdorf wollen wir an Bundesallee und Blissestraße durch bessere Straßenquerungen zusammenrücken lassen.

Locker mit dem Rad

In Berlin hat sich der Fahrradverkehr in zehn Jahren verdoppelt. Seit Jahren treiben wir diese Entwicklung voran. So wurde der Bau des Spree-Uferwegs als Fuß- und Fahrradweg in der letzten Wahlperiode begonnen.

Das Fahrradrouthenetz soll weiter konsequent ausgebaut werden. Vor allem an verkehrsreichen innerstädtischen Geschäfts- und Hauptstraßen, an weitläufigen Plätzen und bei konflikt- und unfallträchtigen Radwegen wollen wir die Bedingungen für den Radverkehr verbessern. Hauptstraßen wie die Lietzenburger Straße und die Kantstraße müssen endlich mit dem Fahrrad sicher befahrbar werden. An der Teplitzer Straße sollen Fahrradsstreifen umgesetzt werden. Der Radverkehr wird auch schneller. Herkömmliche Radwege auf den Bürgersteigen sind inzwischen zu gefährlich. Fahrräder und Pedelecs gehören auf die Fahrbahn mit sicheren Fahrradspuren.

1750 Fahrradbügel konnten in den letzten fünf Jahren mit unserer Initiative im Bezirk eingebaut werden. Weitere Bügel sollen in den nächsten Jahren dazu kommen, nicht nur auf Bürgersteigen sondern auch auf derzeitigen PKW-Stellplätzen im Straßenraum.

Am Bahnhof Zoo und anderen wichtigen Bahnstationen brauchen wir leistungsfähige **Fahrradparkhäuser**, möglichst auch mit Serviceangeboten. Bei Neubauten ist die leichte Erreichbarkeit von Fahrradstellplätzen verstärkt einzufordern.

Bike & Business: Um die Klimaziele zu erreichen, müssen mehr Anreize geschaffen werden, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren. Attraktive Dienst- oder Geschäftsfahrräder könnten manchen Firmenwagen überflüssig machen. Kostensparende Fahrradnutzung könnte von den Arbeitgeber*innen finanziell honoriert werden. Die öffentliche Verwaltung soll hier mit gutem Beispiel voran gehen.

Mietfahrräder sind eine wichtige Ergänzung des Verkehrsangebotes. Sie erleichtern das Radfahren z. B. in Kombination mit Bus und Bahn. Damit dieses Angebot attraktiv wird, muss es ein dichtes Netz von Ausleihmöglichkeiten geben und das Angebot über die Grenzen des S-Bahnringes hinaus erweitert werden. Um mit dem Fahrrad gelegentliche Transporte zu erleichtern, soll auch der Verleih von Fahrradanhängern oder Lastenfahrrädern unterstützt werden.

Weniger Autoverkehr - stadtverträglicher Autoverkehr

Wir halten an dem Ziel fest, den motorisierten Verkehr zu reduzieren und die Menschen in der Stadt von Lärm, verschmutzter Luft und Unfallgefahren zu entlasten. Doch wo das Auto weiterhin gebraucht wird, soll es klima- und stadtverträglicher werden. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen muss auch für den Autoverkehr konsequent umgesetzt werden.

Durch **Carsharing** kann der Abschied vom eigenen Auto erleichtert werden. Weniger Autos werden besser genutzt und der Stellplatzbedarf wird geringer. Wir wollen in den nächsten Jahren weitere Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum und auf Behördenparkplätzen schaffen und dabei auch für elektrisch betriebene Carsharing-Fahrzeuge Anreize schaffen.

Für die **Regulierung des Parkraumangebots** brauchen wir eine gesamtstädtische Strategie. Damit kann der Autoverkehr verringert, die Lebensqualität in der Stadt verbessert und der notwendige Wirtschaftsverkehr erleichtert werden. Parkhäuser und Großgaragen müssen besser genutzt werden um den öffentlichen Straßenraum zu entlasten. Den Bau neuer Tiefgaragen lehnen wir ab. Zur Verringerung des Parksuchverkehrs in der City-West muss das Parkleitsystem verbessert werden. Um das Abstellen von Reisebussen am Straßenrand zu reduzieren, fordern wir weiterhin ein Parkkonzept für Reisebusse.

Den **Durchgangsverkehr** in Wohngebieten wollen wir verringern und den Verkehr entschleunigen. Für mehr Verkehrssicherheit und Lärminderung sollen vor Kitas, Schulen und Senior*innenheimen Tempo-30-Abschnitte auf Hauptverkehrsstraßen eingeführt werden. Wir wollen neue Begegnungszonen und Spielstraßen im Bezirk einrichten, in denen Auto- und Radfahrer*innen besondere Rücksicht nehmen müssen.

Der **Lieferverkehr** im City Bereich ist unerträglich geworden. Kleine Pakete werden mit großen LKWs durch die Stadt kutschiert und riesige Trucks versperren die Straße für eine Blumenlieferung. Über den Bezirk verteilte, kleinere Auslieferungstationen können für kürzere Zuliefererwege sorgen und den Lieferverkehr optimieren. In vielen Fällen kann auch auf Lastenfahrräder umgestellt werden, um Pakete schnell und verkehrsentlastend zu den Kunden zu bringen. Wir setzen uns für diese ökologischen Optimierungen ein und sehen hier auch eine Zukunft für elektrisch betriebene Lastenräder.

Autofreier Tag und Parking Day: Der Bezirk unterstützt den autofreien Tag, indem er gemeinsam mit Anlieger*innen Straßen sperrt und Alternativen zum Auto aufzeigt. Der Kurfürstendamm und die Tauentzienstraße sollten an einigen Tagen im Jahr nur für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden. Auch der Parking Day mit der fröhlichen Freizeitnutzung von Autostellplätzen wird vom Bezirk aktiv unterstützt.

Gut und preiswert fahren mit Bus und Bahn

Unser Innenstadtbezirk ist überwiegend gut erschlossen mit öffentlichem Nahverkehr. Doch gerade im Berufsverkehr müssen Bus und Bahn öfter fahren.

Barrierefreier Nahverkehr ist wichtig. Wir setzen uns bei BVG, S-Bahn und Senat für eine zügige Ausstattung aller S- und U-Bahnhöfe mit Aufzügen ein, damit der Nahverkehr für alle erreichbar wird. Viele U-Bahnhöfe brauchen auch bessere Beleuchtung und mehr Sicherheit.

Die **Straßenbahn** ist ein schnelles und komfortables Nahverkehrsmittel. Für unseren Bezirk wollen wir vor allem eine Anbindung für Charlottenburg-Nord über den Mierendorffplatz erreichen.

Die Bahnanbindungen müssen optimiert werden. Alle Regionalzüge sollen am Bahnhof Charlottenburg halten. Denn die City West ist ein bedeutender Dienstleistungs-, Kongress- und Messestandort und die Pendelverkehre nehmen stetig zu. Da ist es wichtig, dass Menschen aus dem Umland an Knotenpunkten schnell zu ihrem Arbeitsplatz kommen. Wir fordern auch weiterhin, dass alle auf der Stadtbahn verkehrenden Fernzüge wieder am **Fernbahnhof Zoo** halten. Das ist für Touristen, Geschäftsverkehr und Bewohner*innen gleichermaßen elementar.

Nachhaltige Straßensanierung – rücksichtsvolle Baustellenplanung

Charlottenburg-Wilmersdorf soll zum Pilotbezirk einer **ökologischen Straßensanierung** mit einem umweltschonenden und kostenbewussten Verfahren werden. Wir setzen uns dafür ein, Materialrecycling bei Fahrbahnerneuerung und -instandsetzung anzuwenden. So können Baukosten gesenkt und Umweltressourcen geschont werden. In Hamburg wurde dies erfolgreich getestet.

Tiefbauinvestitionen sollen mit umwelt- und klimafreundlichen Maßnahmen wie der **Entsiegelung** von Teilflächen, Erleichterung der **Fassadenbegrünung** oder Vergrößerung und **Bepflanzung von Baumscheiben** verbunden werden. Vom Senat fordern wir, die rechtlichen und technischen Umsetzungshemmnisse dafür endlich aus dem Weg zu räumen.

Viele **Baustellen** machen den Verkehr unübersichtlich und gefährlich. Straßenbäume werden oft gefällt oder beschädigt. Oft schwächen die Baustellen auch das anliegende Gewerbe. Straßenbau und die Erneuerung von Leitungen brauchen dringend bessere Koordination. Auf die Belange des Fuß- und Radverkehrs, auf Nachbarschaft und das alltägliche Stadtleben ist sehr viel mehr Rücksicht zu nehmen als bislang.

Urbane Schönheit und Lebensqualität zurückerobern

Berlin kann und soll nicht von heute auf morgen umgebaut werden. Aber wir setzen uns beharrlich dafür ein, dass die größten Hässlichkeiten der autogerechten Stadtplanung nicht weiter verfestigt werden. Die von Beton und Asphalt besonders zerstörten Straßen- und Platzräume sollen Schritt für Schritt wieder in schöne und lebenswerte, am Menschen orientierte Stadträume zurück verwandelt werden.

Projekte, die uns hier besonders am Herzen liegen, sind der Bundesplatz, die Straßenkreuzung Blisse-, Uhland-, Mecklenburgische Straße, der nutzlose Autobahnstummel über dem Breitenbachplatz und die Kreuzung Messedamm-Masurenallee. Keinen dieser Orte werden wir in den nächsten fünf Jahre verwandeln können. Aber gemeinsam mit den seit Jahren bereits aktiven Bürgerinitiativen bohren wir hier an dem dicken Brett einer neuen Städtebau- und Verkehrskultur.

Zusammen leben und lernen

Die soziale und kulturelle Vielfalt bereichert Charlottenburg-Wilmersdorf. Hier begegnen sich Menschen mit verschiedenen Lebensmodellen und Weltanschauungen. Menschen aus allen Teilen der Welt leben hier in einer bunten und friedlichen Mischung. Familien, Studierende, junge und ältere Alleinstehende und neue Nachbar*innen können schnell einen Platz und eine Gemeinschaft finden. Ehrenamtliches Engagement gehört ganz selbstverständlich zum Leben in unserem Bezirk. Unsere Angebote richten wir an alle Menschen auf ihrem Lebensweg und berücksichtigen die Bedürfnisse benachteiligter Gruppe im Besonderen. Wir treten Rassismus, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konsequent entgegen, fördern die Gleichstellung der Geschlechter und Initiativen für ein generationsübergreifendes und solidarisches Miteinander.

Unsere wichtigsten Vorhaben für ein familienfreundliches, solidarisches und soziales Charlottenburg-Wilmersdorf:

- **Familienzentrum mit dem Schwerpunkt Alleinerziehende einrichten,**
- **Servicebüro für Familien aufbauen,**
- **Jugendberufsagentur für Geflüchtete öffnen,**
- **Kooperatives Netzwerk gegen Familienarmut gründen,**
- **Bildungsstandort Halemweg entwickeln,**
- **Aktionsplan Inklusion umsetzen und weiterentwickeln,**
- **Einrichten eines Drogenkonsumraumes.**

Eine starke Familie

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Kinder erleben in ihrer Familie Nähe und Sicherheit, wenn Familienleben und Erziehung gelingen. Um den Anforderungen an eine gute Erziehung gerecht werden zu können, verstärken wir die Förderung für alle Familien in unserem Bezirk.

Frühe Hilfe, Stadtteilmütter und Familienzentren

Jedes Kind muss in Sicherheit und Geborgenheit das Licht der Welt erblicken dürfen. Ob in der Klinik, im Geburtshaus oder daheim – die Mütter sollen das Wo und Wie selbst entscheiden dürfen. Doch droht die geborgene Niederkunft in familiärer Atmosphäre am Hebammenmangel zu scheitern, weil freie Hebammen sich die Ausübung ihrer Tätigkeit nicht mehr leisten können. Auch die Geburtshäuser – das älteste in Deutschland steht in Charlottenburg – können ihren Betrieb nur schwer aufrechterhalten. Wir sind solidarisch mit dem Protest der Hebammen und Eltern. Wir wollen alle Möglichkeiten einer sicheren Geburt erhalten.

Das **Haus des Säuglings** besucht alle Neugeborenen und ihre Familien. Beratung und umfassende Information über gesundheitliche Versorgung, frühkindliche Entwicklung und Kinderbetreuung werden allen Eltern angeboten. Das neu gegründete **Netzwerk Frühe Hilfen und Familienhebammen** verstärkt die Zusammenarbeit von Ärzt*innen, Gesundheitsdiensten, Familienzentren, Kitas und Jugendamt.

Wir wollen Familie stärken und dazu das erfolgreiche Projekt der **Integrationslots*innen** fortsetzen. Sie unterstützen die Kinder und Eltern, um erfolgreich Bildung und Integration weiterzuentwickeln

und sind wichtige Ansprechpartner*innen im gesellschaftlichen Umfeld, in dem das soziale Verhalten geprägt und verändert werden kann. Sie sind wichtige Brückenbauer*innen auch für geflüchtete Familien – auch aufgrund eigener Migrations- und Integrationserfahrungen.

In **Pflegefamilien** sehen wir einen notwendigen Anker für familiäre Notfälle. Sie leisten herausragenden Einsatz und sichern Kindern in schwierigen Lebenslagen ein liebevolles und sicheres Heim. Wir fördern die Arbeit des bezirklichen Netzwerks Kinderschutz, das Vorbildcharakter hat.

Da auch in unserem Bezirk Kinder- und Familienarmut ein Problem gerade für Alleinerziehende und Mehrkindfamilien ist, wollen wir Hilfeangebote in die bestehende Familienförderung integrieren. Die fatale Abhängigkeit von Gesundheit, Bildung und der sozialen Lage wollen wir in einem kooperierenden **Netzwerk Kinderarmut** aufbrechen. Ressortübergreifend soll eine Strategie erarbeitet werden, die soziale Wohnhilfe, Bildungsangebote, Arbeitsförderung, aber auch Schuldnerberatung miteinander verbindet.

Wir wollen mit Hilfe des Senats neben dem Haus der Familie und den anderen Familienzentren weitere Angebote einrichten. Dabei legen wir einen Schwerpunkt auf ein **Familienzentrum für Alleinerziehende**. Die Familienzentren sollen generationenübergreifende Orte lebendigen Austauschs und konkreter Unterstützung sein. Wir schlagen vor, in jedem Familienzentrum eine Börse für Kinderbetreuung einzurichten.

Familienservicebüro – leichter Zugang zu Beratung und Anträgen: Werdende Eltern und Familien müssen bisher von Amt zu Amt laufen, um Eltern- und Kindergeld, Zuschüsse, Kita-Gutschein, Berlinpass u. v. m. zu beantragen. Wir wollen ein Familienservicebüro einrichten, in dem Eltern alle Formulare und Anträge inklusive einer guten Beratung aus einer Hand bekommen – und das zu Öffnungszeiten, die auf die Berufstätigkeit von Eltern Rücksicht nehmen. Ein Weg für alle Anliegen: das entlastet Familien wirklich.

Willkommenskultur – leicht gemacht

Das überwältigende haupt- und ehrenamtliche Engagement der Menschen in unserem Bezirk trägt wesentlich zu einer humaneren Versorgung der Geflüchteten bei, die in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben. Um dieses solidarische Miteinander zu stärken, ist es unser Ziel, eine **zentrale Informationsstelle** für alle Fragen rund um die Integration aufzubauen – für die Geflüchteten ebenso wie für ihre Unterstützer*innen und alle, die helfen möchten. So vereinfachen wir den Informationsfluss und bauen Integrationshürden ab.

Dem Schutz für **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** sind wir besonders verpflichtet. Ihre Unterbringung im Bezirk muss für die zuständigen Stellen transparent erfolgen, so dass eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Jugendamt, Schulverwaltung, Trägern und ehrenamtlichen Unterstützer*innen ermöglicht wird.

Qualität für Kitas und Tageseltern

Familien sollen in der Kita und bei Tageseltern starke Partner*innen finden, um den Kindern einen optimalen Start zu ermöglichen. Die Teilhabe an notwendiger Sprachförderung werden wir verbessern. Unser Bezirk hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um jedem Kind in Charlottenburg-Wilmersdorf eine Tagesbetreuung ab dem 1. Geburtstag zu bieten. Doch die Zahl der Familien mit kleinen Kindern steigt. Wir werden weiterhin Kitas in vielfältiger Trägerschaft und Tageseltern fördern, zusätzliche Kitaplätze schaffen und uns für mehr Qualität einsetzen. Dazu gehört es auch, die Betreuungszeiten an die Arbeitszeiten der Eltern anzupassen. Wir fordern, die Finanzierung zu sichern, um allen Familien, die Unterstützung bei Schicht- und Nachtdiensten benötigen, eine geeignete Betreuung zuhause mit zusätzlichen Bring- und Abholdiensten anzubieten.

Schulen

Unser Bezirk verfügt über eine attraktive und vielfältige Schullandschaft, darunter 24 Grundschulen, zwölf Gymnasien, sieben Integrierte Sekundarschulen, die Gemeinschaftsschule Paula Fürst und mehrere Schulen in freier Trägerschaft. In den letzten Jahren wurde an allen Schulen das Ganztagsangebot erfolgreich ausgebaut, um das Bildungsangebot an Schüler*innen zu verbessern und Eltern zu ermöglichen, Kinder und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen.

Neben den klassischen Gymnasien spielen die Integrierten Gesamtschulen eine immer wichtigere Rolle, die ein gemeinsames Lernen aller Kinder bis zum Schulabschluss möglich machen. Nachgefragt sind vor allem Sekundarschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe. Wir setzen uns dafür ein, dass weitere Sekundarschulen unseres Bezirks eigene Oberstufen bekommen, um der großen Nachfrage gerecht zu werden. Gemeinsames Lernen aller Kinder bis zum Schulabschluss ist uns wichtig.

Willkommensklassen: In der Kita und der Schuleingangsphase findet eine notwendige sprachliche Förderung in der Gruppe mit allen Kindern statt. Für alle älteren Kindern und Jugendlichen ohne oder mit nur unzureichenden Deutschkenntnissen sind zahlreiche Lerngruppen eingerichtet worden – die so genannten Willkommensklassen. Hier lernen nicht nur geflüchtete Kinder Deutsch mit dem Ziel, zügig in die Regelklassen zu wechseln. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in unseren Schulen gelingt und die Schulen mit qualifizierten Lehrkräften ausgestattet werden. Die Koordinierungsstelle für die Willkommensklassen ist eine sinnvolle Maßnahme, um schnell und effizient die schulische Integration zu gewährleisten.

Schulsanierung: Der bauliche Zustand unserer Schulen sagt viel darüber aus, wie unsere Stadt mit ihrer Zukunft umgeht. Die Bezirke können aber nur die Mittel verbauen, die ihnen durch das Land zugewiesen werden. So fordern die Bündnisgrünen auf Landesebene ein Schulsanierungskonzept für ganz Berlin. Wir brauchen nicht diverse Einzelprogramme – beispielsweise für Schultoiletten. So wichtig saubere und funktionstüchtige Toiletten sind, der Bezirk braucht mehr Mittel für die Schulen insgesamt, um nicht immer nur bei einzelnen Schulen das Nötigste finanzieren zu können, sondern die Schulen flächendeckend im Bezirk gut auszustatten. Gerade schulische Inklusion kann nur gelingen, wenn die Bildungseinrichtungen auch räumlich gut ausgestattet sind.

Bildungsstandort Halemweg. Auf dem Gelände am Halemweg ist der Ausbau des dortigen Bildungsstandortes geplant – von der Kita bis zur Berufsausbildung. Nachdem die Poelchau-Oberschule in den Olympiapark umgezogen ist und dort neue Gebäude mit vielen Sportmöglichkeiten hat, wird das alte Schulgebäude abgerissen und macht Platz für Neues. Auf dem Gelände befinden sich schon eine Grundschule und ein Oberstufenzentrum, eine Kita, ein Familienzentrum und das Stadtteilzentrum Halemweg mit Bürgeramt, Stadtbibliothek und Jugendclub, außerdem wichtige Sportanlagen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Chance zu nutzen, einen ganzheitlichen Bildungsstandort zu schaffen, an dem sich vom Kleinkind bis zum Jugendlichen alle Kinder wohl fühlen und mit Freude lernen und aufwachsen können. Denn neue Wohnungen sind wichtig, aber Wohnungsbau muss begleitet sein durch sinnvolle Infrastruktur, vor allem kindgerechte Bildungsstandorte.

Gartenarbeitsschule: Die Gartenarbeitsschule unseres Bezirks in der Dillenburger Straße, die wir Grüne schon immer unterstützt haben, konnte trotz knapper Kassen erhalten werden. Zwar musste sie ein Gebäude an die Veterinär- und Lebensmittelaufsicht abtreten; die Gartenarbeitsschule existiert jedoch weiter. Das bleibt auch weiterhin unser Ziel. Kinder der Umgebung, Kitagruppen und Schulklassen können dort also auch zukünftig in der Erde buddeln, Pflanzen setzen, also – mitten in der Stadt – ein Stück Natur ganz hautnah erleben.

Jugendkunstschule: Seit fünf Jahren gibt es nun die Jugendkunstschule Charlottenburg Wilmersdorf im Mierendorff-Kiez. Kinder und Jugendliche von 5–20 Jahren aus der Umgebung sowie Kinder aus den Grund- und Oberschulen unseres Bezirks können hier mit viel Spaß und kreativer Energie tätig

werden. Lehrer*innen und Künstler*innen bieten in Werkstätten, in Mal-, Zeichen- und Schreibkursen Anregung und Unterstützung. Einem ersten, sehr erfolgreichen Projekt mit Kindern aus einer Flüchtlingsunterkunft sollen bald weitere folgen. Unserer Stadträtin ist es gelungen, die Finanzierung der Jugendkunstschule im Haushalt fest zu verankern und damit die Existenz dieses hervorragenden bezirklichen Angebots zu sichern. So werden hier – auch dank eines äußerst aktiven Fördervereins und einiger Sponsor*innen – in Zukunft noch viele Kinder ihre eigene Kreativität ausprobieren können. Wir werden auch in Zukunft eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Jugendkunstschule im Bezirkshaushalt kontrollieren.

Kultur

Leitlinien sind für uns: Kulturelle Vernetzung, Niedrigschwelligkeit, Offenheit, Begegnung und Generationen übergreifendes bürgerschaftliches Engagement. Kultur ist und bleibt für uns auch Labor und Werkstatt - für alle offen.

Unsere **Stadtteilbibliotheken bleiben als** sind zentrale Institutionen unserer Kultur- und Bildungsinfrastruktur erhalten. Sie sollen wohnortnah noch stärker Orte für Programme der Begegnung unter Einbeziehung von Zugewanderten und Ehrenamtlichen sein. Die große **Musikschule** mit ihren 5000 Schülerinnen braucht finanziell ausreichend gesicherte Lehrpersonen. Sie wird noch stärker an öffentlichen Veranstaltungen des Bezirks beteiligt.

Charlottenburg-Wilmersdorf hat viele **Theater, Museen und Galerien**. Im **Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim** und in der **Kommunalen Galerie** fordern und fördern wir Generationen übergreifende Angebote auch mit Zugewanderten. Das **Verborgene Museum** fördert Frauen und macht vergessene Künstlerinnen wieder öffentlich. Dazu gehört auch der Erhalt des **Schoelerschlosschen** in bezirklicher Hand und die Sicherung seiner kulturellen Nutzung.

Ein vielfältiges **Leitbild Kultur** wird formuliert und umgesetzt und sorgt dafür, dass alle Menschen im Bezirk - ob sie hier geboren oder gerade zugezogen sind - sich an öffentlichen kulturellen Aktivitäten beteiligen und sich so hier zu Hause fühlen.

Gesundes Aufwachsen

Für alle Kinder, insbesondere aber für Kinder aus armen Familien, ist die **Gesundheitsbildung und -förderung** durch öffentliche Einrichtungen wichtig. Die Arbeit des zahnärztlichen Dienstes ist hier erfolgreich; Karies bei Kindern im Bezirk sinkt kontinuierlich weiter ab. Das kindgerechte Erlernen der Zahnhygiene wollen wir weiter unterstützen.

Eine ausgewogene **Ernährung in Kita und Schule** ist eine Voraussetzung für gesundes Aufwachsen. In vielen Kitas wird frisch gekocht. In den Schulen hat sich die Qualität verbessert. Durch die Einrichtung von Essenskommissionen, an denen Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen beteiligt sind, konnten dort neue Verträge mit Caterern abgeschlossen werden. Gesunde Verpflegung mit hohen Anteilen an Bioqualität, frischem Obst und ausreichend Getränken stärken die Kinder noch besser, wenn sie von Maßnahmen der Gesundheitsbildung begleitet werden. Wir werden versuchen, die Förderprogramme **Gute gesunde Kita** und **Gute gesunde Schule** in unserem Bezirk stärker zu verankern.

Spiel und Sport

Spiel, Sport und Bewegung sind wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und bieten die Gelegenheit, bis ins hohe Alter fit zu bleiben. Der Mangel an Spiel- und Sportflächen in Charlottenburg-Wilmersdorf ist hoch. Die Investitionsmittel reichen kaum für die Instandhaltung oder Sanierung. Kinder und Jugendliche aber brauchen

Freiflächen, auch über Spiel- und Bolzplätze hinaus. Kleinkinder haben andere Ansprüche als Jugendliche. Wir achten auf barrierefreie Zugänge, saubere Spielplätze und jugendgerechte Freiräume mit WLAN gleichermaßen.

Freizeit- und Vereinssport sind zwei Säulen für ein aktives Leben – in jedem Alter. Frauen und Mädchen sollen stärker als bisher unsere Sportplätze nutzen können. Die gute Kooperation von Sportvereinen mit Kitas, Schulen und Unterkünften für Geflüchtete unterstützen wir. Der Breiten- und Leistungssport leistet einen zentralen Beitrag zu Integration insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund, sozialer Benachteiligung sowie körperlicher und geistiger Beeinträchtigung. Wir achten daher auf den Erhalt und die Sanierung von Sportflächen, stellen sie gleichermaßen dem Freizeit- und dem Vereinssport zu Verfügung und unterstützen ihren Ausbau in neu entstehenden Quartieren.

Plätze für **StreetWorkout** forderte die grüne Fraktion in der BVV. Für die als „Calisthenics“ bezeichnete Sportart, die körperliche Übungen vor allem mit dem eigenen Körpergewicht an Hilfsgeräten wie Barren, Reck, Klimmzugstangen, Bänken etc. ausführt, müssen mehr Flächen bereitgestellt werden. Die Geräte, die z. B. im Preußenpark oder im Lietzenseepark aufgestellt wurden, erfreuen sich großer Beliebtheit und dienen auch als Begegnungsstätte für alle - Jugendliche, Kinder und Erwachsene.

Die **Jugendverkehrsschulen** sind für die Mobilitätserziehung von Kindern ebenso wichtig wie die Zusammenarbeit von Polizei und Bildungseinrichtungen. Kinder, Jugendliche, müssen sicher zu Fuß zur Kita, Schule, Spielplatz und Grünanlage gehen können.

Mitbestimmung und Mitgestaltung

Kinder und Jugendliche wollen mitbestimmen. Das Kinder- und Jugendparlament hat beispielsweise am Olivaer Platz und im Ruhwaldpark gezeigt, dass sie es können. Diese Beteiligung auf Augenhöhe stärkt das Selbstbewusstsein junger Menschen. Wir wollen die Mitbestimmung ausbauen und die Vernetzung zu Sportvereinen, Jugendclubs und Schulen verstärken. Wir nehmen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ernst.

Jugendhilfe und Jugendfreizeiteinrichtungen

Wir wollen die Mittel für Kinder und Jugendliche ausbauen. Die Einrichtung eines neuen und von Jugendlichen mitverwalteten Freizeitheims im Ruhwaldpark ist ein großer Erfolg. Das Miteinander vielfältiger Peergroups ist Voraussetzung für Demokratieverständnis, Vorurteilsbewusstsein und soziale Verantwortung. Jugendliche und junge Erwachsene, Mädchen und Jungen, benötigen dazu Gestaltungsräume für ihre unterschiedlichen Interessen. Das Haus der Jugend ist eines von vielen Beispielen, wie ansprechend ein breites Angebotsspektrum für Jugendliche ist. Auch die Kinder- und Jugendfreizeiten, insbesondere das erfolgreiche Ferienprogramm **Kinder in Luft und Sonne**, wollen wir weiter erhalten.

Wege in Ausbildung und Arbeit

Die neu aufzubauende **Jugendberufsagentur** soll eine Beratungsstelle für alle Jugendlichen in unserem Bezirk werden und niemanden bei der Förderung ausschließen – weder von einer Behinderung Betroffene noch Geflüchtete. In der Arbeitsagentur in der Königin-Elisabeth-Straße wird sie voraussichtlich in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Damit wird eine langjährige bündnisgrüne Forderung umgesetzt, um Jugenderwerbslosigkeit präventiv anzugehen. Bildungsgerechtigkeit ist nach Kita und Schule auch auf dem Weg in Ausbildung und Arbeit unser Maßstab. Die Kooperation von Arbeitsagentur, Jobcenter, Berufsschulen und Bezirksverwaltung wollen wir mit allen wichtigen Angeboten ausstatten, damit junge Frauen und Männer einen guten Start ins Berufsleben haben.

Als **Hochschulstandort** erfreut sich Charlottenburg-Wilmersdorf großer Beliebtheit. Die Zusammenarbeit der Technischen Universität und der Universität der Künste auf dem Campus Charlottenburg ist ein Beispiel für den Erfolg interdisziplinärer Zusammenarbeit und gelungener Wissenschaftsförderung. Wir begrüßen die Öffnung der Universitäten für geflüchtete Menschen. Als Wohn- und Lebensort soll Charlottenburg-Wilmersdorf für Studierende attraktiv bleiben.

Inklusion

Im Juni 2015 eröffnete im Eichkamp das **SIBUZ** - das schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrum. Hier wurden – maßgeblich vorangetrieben durch unsere Stadträtin – erstmals unter einem Dach die schulpsychologische Beratung und ein Beratungszentrum für inklusive Pädagogik zusammengefasst. Lehrkräfte und Eltern finden dort Ansprechpartner*innen für schulbezogene psychologische Fragen. Das SIBUZ ist gut angelaufen und bereichert den Bildungsstandort Eichkamp. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es noch bekannter wird.

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Ziel bündnisgrüner Politik. Und doch bleibt festzustellen, dass der Weg zur Inklusion ein langer ist. Die Kitas in Berlin haben schon einen großen Teil dieses Weges hinter sich gebracht, bei Schulen und im Arbeitsmarkt ist noch viel zu tun. Inklusion ist zuerst eine Frage von vorurteilsbewusster Haltung und bezieht sich nicht nur auf Menschen mit Behinderung. Inklusion betrifft uns alle. Die Gleichstellung der Geschlechter, Gender, Equality und **Disability Mainstreaming** sind mehr als Modeworte, sie betreffen den Kern unserer Gesellschaft.

Im Bezirk versuchen wir, Schulen zu Orten zu machen, in denen Verschiedenheit als Ressource genutzt wird. Kein Kind soll zurückgelassen werden. Bündnisgrüne Bildungspolitik folgt der Leitidee, dass Schule auf Schüler*innen individuell eingehen muss, ihrem jeweiligen Entwicklungsstand und ihren Bedürfnissen entsprechend. Hierfür braucht es Zeit und Ressourcen. Wir wollen in Charlottenburg-Wilmersdorf die Weiterentwicklung unserer Schulen hin zu einem inklusiven Bildungssystem - gut durchdacht und ausreichend finanziert.

Einige der **Förderzentren**, in denen Kinder mit Behinderungen gesondert unterrichtet wurden, sind nach und nach ausgelaufen, die Kinder werden an Regelschulen aufgenommen. Einige Förderzentren (u. a. für Schwerstmehrfachbehinderte) bleiben bestehen. Die Familien sollen entscheiden können, welche Bildungseinrichtung die beste für ihre Kinder ist.

Doch Inklusion betrifft mehr als den Bildungsbereich, sie bezieht sich auf alle Bereiche des Zusammenlebens: Ein erster Schritt zur Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** ist die Verabschiedung des bezirklichen Aktionsplanes. Das Netzwerk zur Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben wollen wir langfristig auf weitere Bereiche ausdehnen, um gemeinsam mit allen Institutionen und Menschen auf dem Weg voranzukommen. Die Evaluation der Umsetzung der Maßnahmen werden wir begleiten. Insbesondere die Handlungsfelder Bewusstseinsbildung und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sind eine notwendige Voraussetzung für die Teilhabe aller Menschen - ob mit oder ohne Behinderung.

Selbst bestimmt im Alter

Bis ins hohe Alter selbst bestimmt leben zu können, ist der Wunsch und die Forderung der meisten Menschen. In Charlottenburg-Wilmersdorf steigt der Anteil der Menschen über 65 Jahren an. Viele Menschen sind zu Beginn ihres "Ruhestandes" voller Energie und Tatendrang. Diesen Schwung wollen wir gezielt aufgreifen und Strukturen stärken, in denen sie gesellschaftliche Aufgaben übernehmen können, z. B. bei der Geflüchtetenintegration oder bei der Unterstützung von Familien. Außerdem wollen wir für ältere Mitbürger*innen kulturelle, sportliche und soziale Angebote bereitstellen.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe im Kiez

Von dem hohen ehrenamtlichen Engagement in Charlottenburg-Wilmersdorf profitieren sehr viele Menschen. Der Einsatz in Vereinen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Gremien und Einzelpersonen befördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Etliche Initiativen können dabei auf Einrichtungen zurückgreifen, deren Fortbestand und Ausbau wir anstreben. Die Stadtteil- und Nachbarschaftszentren beraten die Menschen vor Ort in ihrem Kiez, ermöglichen Treffen, Selbsthilfe und nachbarschaftliche Unterstützung. Die Zukunft des Hauses Pangea als ein Leuchtturmprojekt für interkulturelles, gesellschaftliches Engagement wollen wir absichern.

Soziales - Gesundheit

Um Wohnungsverlusten vorzubeugen, sind wir dafür, dass der Bezirk die Unterkunfts-kosten übernimmt. Die entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen der sozialen Wohnhilfe des Bezirksamtes und dem Jobcenter wollen wir fortführen und begleiten. Menschen, die nicht von Grundsicherung oder Arbeitslosengeld leben, brauchen Hilfeangebote, um Wohnraumverlust präventiv zu begegnen. Der Wohnungsmarkt ist im nachgefragten Charlottenburg-Wilmersdorf sehr angespannt. Das **Geschützte Marktsegment**, wo von Wohnungsverlust bedrohte Mieter*innen beraten werden und gegebenenfalls eine Wohnung vermittelt bekommen, muss erweitert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Bezirk Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen entstehen, um der Verdrängung von Mitbürger*innen mit geringen und mittleren Einkommen entgegenzuwirken.

Hilfe bei Obdachlosigkeit und Schulden - Prävention bei Gesundheits- und Suchtproblemen

Für wohnungslose Menschen benötigen wir zum einen mehr Plätze im Bereich der Kältehilfe wie auch mehr **betreute Wohnformen**, in denen sie das eigenständige Wirtschaften ohne Druck (wieder) erlernen können. Wir setzen uns daher dafür ein, das damals auf Grüne Initiative entwickelte Projekt **Probewohnen** in der Güntzelstraße fortzusetzen und wenn möglich, durch ein zweites zu ergänzen.

Bei den **Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen** und der **Suchtberatung** wollen wir weiterhin ausreichend Geld für freie Träger zur Verfügung zu stellen, damit eine Versorgung auch zeitnah stattfinden kann. Hier ist auch die Landesebene gefordert, den Bezirken die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

Der Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung ist der Weg der grünen Drogenpolitik. Drogenabhängige Menschen sind in erster Linie Kranke und nicht Kriminelle. Zwischen legalen und verbotenen Suchtstoffen zu unterscheiden ist nicht zielführend, Abhängigkeiten vorzubeugen bzw. von Ihnen loszukommen. Prävention ist besser als aufwändige Heilung. Den jährlichen Wettbewerb **Rauchen und Saufen – ohne mich**, an dem sich sehr viele Schulen und Jugendeinrichtungen erfolgreich beteiligen, wollen wir fortsetzen. Über die Folgen des Drogenkonsums muss in Schulen umfangreich aufgeklärt werden. Gerade der Alkoholmissbrauch schadet der Gesundheit von Heranwachsenden. Wir befürworten weiterhin rauchfreie Gaststätten und Spielplätze.

Wo durch Drogenkonsum soziale Probleme im öffentlichen Raum entstehen, fördern wir **aufsuchende Hilfen**, wie sie der Träger Fixpunkt erfolgreich im Bezirk anbietet. Wir begrüßen, dass die Landesebene die Mittel für diese Arbeit aufgestockt hat. Wir sehen jedoch, dass dies zur Zeit nicht ausreicht, um die Betroffenen ausreichend begleiten zu können. Deshalb setzen wir uns in Zusammenarbeit mit den Beteiligten Akteuren und Anwohnerinnen und Anwohner für einen festen **Drogenkonsumraum** ein, um den betroffenen Menschen nachhaltig Hilfe zukommen zu lassen.

Prävention von Anfang an ist das Ziel bündnisgrüner Gesundheitspolitik. Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) nimmt in der Vorsorge von Krankheiten – sowohl von

Infektionskrankheiten, als auch körperlichen und seelischen Erkrankungen – eine wichtige Rolle ein. Eine weitere Kürzung der Mittel und Aufgaben ist nicht hinnehmbar. Die Landesebene darf die Reform des ÖGD nicht weiter auf die lange Bank schieben, sondern muss sich ihrer Verantwortung für die Gesundheit vor Ort gerecht werden. Die Arbeitsbedingungen sind attraktiver zu gestalten, um vermehrt qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen.

Demenzfreundlicher Bezirk

Die große Zahl der Menschen hohen Alters im Bezirk – es gibt bereits an die 200, die den hundertsten Geburtstag gefeiert haben – ist ein Zeichen für gute Lebensqualität in Charlottenburg-Wilmersdorf. Allerdings geht die große Zahl alter Menschen auch mit einer Zunahme demenzieller Erkrankungen einher. Auf unsere Initiative ist Charlottenburg-Wilmersdorf in Zusammenarbeit mit dem geriatrisch-gerontopsychiatrischen Verbund **Demenzfreundliche Kommune** geworden. Dazu gehören die fünf Schutzräume, die in Abstimmung mit der Polizei eingerichtet wurden. In ihnen werden orientierungslose Menschen bis zur Rückkehr in ihre Wohnumgebung versorgt, statt auf einer Polizeiwache verunsichert warten zu müssen. Der Kontakt mit demenziell erkrankten Menschen in der Öffentlichkeit fordert uns heraus, dieses Projekt weiter voranzubringen, um so die Öffentlichkeit über den richtigen Umgang mit den Betroffenen zu informieren und die Angehörigen zu unterstützen. Für den Fall von Pflegebedürftigkeit müssen wir eine ausreichende, menschennahe Infrastruktur im Bezirk haben. Die mittlerweile drei bezirklichen Pflegestützpunkte wollen wir bekannter machen: Sie sind die erste Anlaufstelle, um sich über professionelle häusliche Pflege, auch für Angehörige, beraten zu lassen.

Bezirk und Verwaltung stärken - fair wirtschaften

Nach jahrzehntelangen Unterfinanzierung und Mangelverwaltung durch wechselnde Senatskoalitionen lebt der Bezirk von der Substanz. Es fehlt an allem: an Geldern für Personal ebenso wie für dringend notwendige Investitionen. Mit den Einschnitten in die bürgernahen Dienstleistungen bekommen die Menschen die Folgen dieser verfehlten Politik unmittelbar zu spüren: Bürgerämter, Schulen, eingeschränkte Servicezeiten, kaputte Verkehrswege und und und... Der Senat spricht von wachsender Stadt und lässt die Infrastruktur verfallen.

Unsere wichtigsten Ziele für die kommenden fünf Jahre:

- **eine Verwaltung, die für die Bürger*innen da ist,**
- **ausreichende Mittel für einen starken Bezirk,**
- **eine zukunftsorientierte Personalpolitik,**
- **zielgerichtete Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur.**

Verwaltung - Finanzen - Personal

Etwa 80 % aller Dienstleistungen der Berliner Verwaltung werden in den Bezirken, im direkten Kontakt mit der Bürgerschaft erbracht. Ob Straßen und Radwege oder Bibliotheken und Musikschulen, Transferleistungen oder Gesundheitsprävention, Schulen, Kitas, Parks und Sportplätze – für all das ist der Bezirk zuständig. Der entscheidende Punkt: er ist abhängig von den finanziellen Mitteln, die ihm Senat und Abgeordnetenhaus zubilligen. Und an maroden Schulgebäuden, oder am Personalmangel im Bürgeramt kann jede Bürgerin, jeder Bürger ablesen, dass diese Gelder vorne und hinten nicht reichen.

Wir fordern: Schluss mit den Kaputtsparen bei den bürgernahen Dienstleistungen. Wir wollen einen starken Bezirk, der seine Aufgaben erledigen und seiner Verantwortung für die Menschen in Charlottenburg-Wilmersdorf nachkommen kann.

Faire Finanzierung

Hauptgrund der Misere ist eine ebenso ungerechte wie intransparente **Finanzzuweisung** durch den Finanzsenator. Während die bezirklichen Aufgaben immer mehr werden, werden die Mittel systematisch Jahr für Jahr gekürzt. Der Senat schmückt sich mit so genannten Hauptstadtprojekten, die sich oft als Milliardengräber erweisen, und lässt die Bibliothek, die Schule, den Seniorenclub um die Ecke verfallen. Von „Sparen“ kann keine Rede sein, im Gegenteil: das Fahren auf Verschleiß kommt teuer - schon jetzt ist der aufgelaufene Investitionsstau immens.

Unter dieser Politik des rot-schwarzen Senats leidet der ganze Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Wir wollen das völlig aus dem Ruder gelaufene System der **Finanzierung wieder auf eine solide Basis stellen**. Der allergrößte Teil der bezirklichen Leistungen und Angebote sind kein Luxus, sondern gesetzliche Pflicht. Mit jeder neuen Kürzungsrunde wird damit auch der Spielraum für eine eigenständige Bezirkspolitik und für den Erhalt der bezirklichen Vielfalt immer enger. Mit dem absurden Kaputtsparen, dem Wettbewerb der Bezirke um sinkende Kosten zulasten der Bürger*innen muss deshalb endlich Schluss sein. Wir wollen eine kritische Analyse der bezirklichen Aufgaben und verbindliche Verabredungen über Umfang und Qualität der Dienstleistungen. Und wir fordern eine offene Diskussion mit der Landesebene, welchen tatsächlichen Finanzbedarf die Bezirksverwaltung dafür geltend machen kann.

Charlottenburg-Wilmersdorf hat seinen Beitrag zu einer notwendigen Haushaltskonsolidierung geleistet, doch der Druck zur Abgabe öffentlicher Gebäude hält an. Auch eine **nachhaltige Bewirtschaftung** der bezirklichen Liegenschaften ist, ebenso wie die konsequente Nutzung von Energieeinsparungs-Potenzialen, nur möglich bei einer ausreichenden Finanzausstattung. Hier fordern wir einen Systemwechsel: für den Erhalt und die Pflege seiner Gebäude und Liegenschaften darf der Bezirk vom Senat nicht länger abgestraft werden. Im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit der baulichen Infrastruktur sind wir offen für neue Kooperationsmodelle auf Bezirksebene. Entscheidend ist, dass Verwaltung und Politik die Kontrolle über die Nutzung der bezirklichen Immobilien in vollem Umfang behalten.

Seit Jahren muss der Bezirk den Großteil seiner **Investitionen** streichen, um seine Angebote für die Bürger*innen aufrechterhalten zu können. Und die Einwohnerzahlen wachsen. Keine Frage: der Bezirk muss mehr investieren und dafür braucht er mehr Geld. Für mehr Schulen, Kitas, Bibliotheken, mehr soziale Angebote für Senior*innen und Jugendliche, mehr Parks, mehr Spiel- und Sportplätze.

Der Bezirk weiß selbst am besten, wohin vor Ort das Geld fließen muss. Wir fordern deshalb, die in vielen zersplitterten Sonderprogrammen an die Bezirke nach Gutsherrenart verteilten Gelder in die **reguläre Finanzmittel-Zuweisung** zu integrieren. Die Verwaltung soll bauen und sich nicht mit verschiedensten Anträgen für Schultoiletten-, Schlagloch-, Schul- und Sportanlagen-, Kita- und Spielplatzsanierungen herumschlagen müssen. Die Verwaltung soll Planungssicherheit erhalten für Investitionen mit Weitblick. Das schafft auch Arbeitsplätze.

Engagierte Mitarbeiter*innen für eine gute Verwaltung

Engagierte Beamte und Angestellte sind das Rückgrat einer guten Verwaltung. Immer mehr Menschen wollen in Berlin leben. Um ihre Leistungen und Angebote für die Bürger*innen weiter zu erbringen, braucht die Bezirksverwaltung eine ausreichende Zahl von **motivierten Mitarbeiter*innen**. Und für neue Aufgaben müssen zusätzliche Stellen finanziert werden.

Die Realität sieht von den Bürgerämtern bis hin zur Elterngeldstelle anders aus: seit Jahren beherrschen schlechte Bezahlung, Personalabbau und Einstellungsstopps das Bild. Auch diese Politik hat mit „Sparen“ nichts zu tun. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Verantwortung schultern, sind überlastet und werden krank. Ein großer Teil geht jetzt in den Ruhestand und Nachwuchs steht nicht bereit. Deshalb muss die fortgesetzte Verpflichtung des Bezirks zum Personalabbau bei eingeplanter Überlastung ein Ende haben. Angesichts der Altersfluktuation brauchen wir effizientere und zügige Stellenbesetzungsverfahren und mehr Ausbildungsplätze.

Eine wesentliche Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, die Arbeit in der Bezirksverwaltung attraktiver zu machen. Wir werden uns für eine zukunftsorientierte Personalentwicklung unter Einbeziehung der Beschäftigten einsetzen, die Gesundheit und Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen fördert. Ihre Arbeit muss mehr Anerkennung finden.

Mitreden - mitgestalten

Modernes Verwalten heißt für uns Bündnisgrüne, mit Inhalten ebenso zu überzeugen wie mit einem kooperativen Politikstil. Bürger*innen, Politik und Verwaltung brauchen mehr Gemeinsamkeit, mehr Vertrauen zueinander, um gute Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Die öffentliche Debatte ist oft geprägt von Enttäuschung und Misstrauen auf allen Seiten – auch nach intensivem Engagement und durchlaufenen Beteiligungsverfahren.

Das wollen wir ändern: mit dem **Grünen Stadtvertrag Beteiligung** haben wir uns auf den Weg zu einer neuen Kultur der Teilhabe und Einbindung gemacht. Wir wollen mehr Rückkoppelung, mehr Beteiligung, mehr Mitsprache der Zivilgesellschaft. Und wir brauchen eine Bezirksverwaltung, die diese Mitsprache aktiv fördert und Beteiligungsformen weiterentwickelt.

Unsere wichtigsten Ziele für die kommenden Jahre:

- **mehr Teilhabe, Kooperation und voneinander lernen,**
- **frühzeitige Information und Transparenz durch Vorhabenliste,**
- **die Gleichstellungspolitik forcieren.**

Folgende Grundsätze sind uns dabei wichtig:

Mehr Offenheit

Die Bürger*innen unseres Bezirks haben einen Anspruch auf aktive Information. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verwaltung Daten und Informationen von sich aus veröffentlicht, statt nur auf Nachfrage zur Verfügung zu stellen. Dabei werden zusammen die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen abgesteckt und Verfahrensabläufe transparent gemacht. So sollen Beteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt, aber auch deutlich gemacht werden, wo die Grenzen zwischen Information und Mitentscheidung verlaufen.

Frühzeitig informieren: Mitgestalten heißt für uns Grüne, dass informiert wird, bevor der Planungsprozess startet. Wir möchten, dass Bauherren die Nachbarschaft frühzeitig in die Planung einbeziehen und auf Versammlungen informieren. Dazu gehört auch, dass der Bezirk im Vorfeld seine Vorhaben erläutert und die Bürger*innen beteiligt. Dazu zählen wir nicht nur Bauvorhaben oder grundlegende Sanierungen, sondern auch Konzepte für Stadtteilzentren, Bibliotheken oder den Haushalt. Darüber soll der Bezirk in einer **Vorhabenliste** informieren, die regelmäßig aktualisiert und veröffentlicht wird. Jeder soll die Möglichkeit haben, diese Liste als Newsletter zu abonnieren.

Open Data: Wir sehen es als Aufgabe der Verwaltung an, ihr Wissen zu teilen. Deshalb ist es erforderlich, Daten, die nicht besonders geschützt werden müssen, allen Interessierten zur Verfügung zu stellen. Das soll durch die Bereitstellung als Open Data geschehen, verständlich aufbereitet für die Endnutzer *innen. So stellt das Straßen- und Grünflächenamt auf unsere Initiative hin monatlich eine Liste mit Bäumen, die gefällt werden sollen und eine Liste der Orte, an denen Bäume gepflanzt werden sollen, ins Internet.

Mehr Teilhabe

Schon die Konzipierung einer neuen Beteiligungskultur im Bezirk kann nur gelingen, wenn die Akteure der Zivilgesellschaft eingebunden sind. Darüber hinaus fordern wir, dass ein Konzept für eine systematische Beteiligung auf lokaler Ebene entwickelt wird.

Beteiligungsverfahren ausweiten: In der letzten Wahlperiode haben wir mit neuen Beteiligungsverfahren Erfahrungen gesammelt, von Planungswerkstätten bis zu runden Tischen. Alle bieten die Möglichkeit zur Information, Diskussion und sind offen für neue Ideen. Wir wollen diese Verfahren weiter ausweiten. Nicht alle Probleme lassen sich einvernehmlich lösen. Wichtig ist, im Vorfeld den Rahmen zu klären, um nicht falsche Erwartungen zu wecken. Wir setzen auf mehr als nur die gesetzlichen Beteiligungen, die das Baurecht bietet. Professionelle Moderator*innen sollen die Prozesse begleiten und auswerten.

Internet nutzen: Neben den klassischen Beteiligungsverfahren wollen wir die Möglichkeiten des Internet stärker nutzen. Das Land Berlin hat mit www.meinberlin.de eine Plattform zur Verfügung gestellt, bei der jede Bürgerin, jeder Bürger sich über landesweite Beteiligungsverfahren informieren kann. Wir wollen dieses Portal auch nutzen, um über die Beteiligungsverfahren bei uns im Bezirk zu informieren und die Möglichkeit geben, sich online in die Verfahren einzubringen.

Die Welt aus Kindersicht gestalten: Kinder und Jugendliche haben eine eigene Vorstellung, wie ihre Umwelt aussehen soll. Das nehmen wir ernst und beteiligen sie an der Gestaltung ihrer Lebensräume. Bei Planungen des Bezirks, etwa bei Parkanlagen, Schulhöfen oder Spielplätzen ist ihre Meinung gefragt und können sie ihre Vorstellungen einbringen. Das Kinder- und Jugendparlament im Bezirk arbeitet erfolgreich und bringt viele Ideen ein. Es setzte sich über alle Bedenken hinweg und kämpfte um ein Freizeitheim im Ruhwaldpark, das jetzt in Betrieb gegangen ist. Auch bei Bauvorhaben und Platzgestaltungen werden wir Kinder und Jugendliche einbeziehen, denn es ist auch ihr Lebensraum.

Mehr Klarheit

Alle Akteure müssen sich bewusst sein, wie weit die Kompetenzen des Bezirks reichen. Sie müssen sich auch verständigen, wo die Handlungsfelder für Partizipation oder für direktdemokratische Entscheidungen liegen - und wo die Bezirksverordnetenversammlung das letzte Wort hat. Die Forderung nach verbindlichen Bürgerentscheiden führt unmittelbar zur Frage der Verbindlichkeit von bezirklichen Entscheidungen auch gegenüber der Landesebene. Diese Balance von Partizipation, von direkter und repräsentativer Demokratie auf Bezirks- wie auf Landesebene zu gestalten, wird eine zentrale politische Herausforderung der kommenden Jahre sein.

Interessen abwägen: Beteiligung heißt für uns nicht, dass die, die am lautesten ihre Wünsche vortragen oder die besseren Möglichkeiten haben, sich mit ihren Anliegen durchsetzen. Wir wissen, dass nicht alle in der Lage sind, sich zu informieren und zu beteiligen. Wir wollen auch eine Interessenvertretung für die sein, die sich gerade nicht einbringen können oder wollen. Ihre Belange und Anliegen wollen wir genauso vertreten und ihnen Gehör verschaffen. Wir sind dem Gemeinwohl und dem Ausgleich aller verschiedener Interessen verpflichtet.

Mehr Ressourcen

Für gutes Regieren braucht der Bezirk motivierte Mitarbeiter*innen. Die Bürger*innen haben Anspruch auf eine effiziente Verwaltung. Die gegenwärtigen Zustände sind weder bürger*innen- noch mitarbeiter*innenfreundlich. Für effektive Beteiligungsprozesse brauchen wir eine angemessene Personalausstattung. Zu einem systematischen Verfahren für Partizipation gehört eine Verankerung in der Verwaltung, die Beteiligungsprozesse in den verschiedenen Abteilungen des Bezirksamts koordiniert und regelmäßig überprüft. Die Bürger*innen des Bezirks haben Anspruch auf Unterstützung und Beratung; sie sind ihrerseits aber auch aufgerufen, sich mit ihrer eigenen Expertise in das Verfahren einzubringen.

Ehrenamt fördern - Engagement einbinden: Das Interesse, unseren Bezirk mit zu gestalten, ist erfreulich groß: Viele Eltern engagieren sich in Kindergärten und Schulen, Ehrenamtliche bei der Pflege von Parks. Ein beispielloses Engagement gab es, um den Geflüchteten zu helfen. Unser Dank und unsere Unterstützung gilt allen, die sich engagieren, für Sprachunterricht, für die Versorgung von Wohnungslosen. In vielen Gremien wie z. B. der Spielplatzkommission und den bezirklichen Elternausschüssen für Kita und für Schule werden Ideen ausgetauscht und der beste Weg gesucht, um etwas zu verändern. Der Migrantenbeirat sowie der Behindertenbeirat machen und bewerten Vorschläge für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), initiieren Veranstaltungen und organisieren Hilfe. In den Geschäftsstraßen organisieren sich die Händler*innen selbst, in der AG Charlottenburg-Nord werden Probleme des Kiezes erörtert. Diese ehrenamtliche Arbeit wollen wir besser mit der Verwaltung und der BVV verknüpfen. Ideen sollen nicht verloren gehen, bürokratische Hürden abgebaut werden. Die Ausschüsse der BVV können hier ein Instrument der Verzahnung bieten.

Die bezirkliche Ehrenamtsagentur ist ein erfolgreiches Format. Die Partnerschaft für Demokratie ist seit letztem Jahr gut angelaufen. Die Projekte für Toleranz und Miteinander zeigen klare Kante gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.

Gleichstellungspolitik forcieren

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentliches Ziel bündnisgrüner Politik. Wir unterstützen weiterhin das ehrgeizige Projekt der Umsetzung von **Gender Mainstreaming** in der Bezirksverwaltung. Wir fordern von der Verwaltung, die beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit konsequent zu verfolgen. Zum Beispiel werden wir darauf hinwirken, dass **Sportflächen** gerechter an Frauen und Männer, an Mädchen und Jungen vergeben werden.

Wir wollen die bezirklichen gleichstellungspolitischen Leitlinien mit Leben füllen. Das bedeutet auch, Geschlechtergerechtigkeit in der Stadtentwicklung und bei der Gestaltung von Sozialräumen, in Ausschreibungen und Wettbewerbsverfahren aufzunehmen und Gender Mainstreaming in der **Bauleitplanung** konsequent anzuwenden.

Angebote der Jugendfreizeit- und Kultureinrichtungen, der Musikschule, der Volkshochschule, des Gesundheitsamtes sowie der Familienzentren sind geschlechtersensibel und fair zu gestalten.

Gezielte Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung von Frauen und Mädchen werden wir weiterhin initiieren und bei der Umsetzung unterstützen, z. B. die Unterbringung und **Förderung von**

geflüchteten Frauen, die Zentren der Arbeit mit **Mädchen** und die erfolgreiche Arbeit des **UCW - Unternehmerinnen-Centrum West**.

Gender Budgeting: Die Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit in der Haushaltspolitik wollen wir zukünftig noch stärker kontrollieren.

Gezielte Frauen- und Familienförderung sind ganz wichtige Bestandteile einer gelungenen Personalpolitik und werden von uns eingefordert. Die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit dem Instrument des **Frauenförderplans** werden wir kontrollieren. Wir wollen mehr Entgeltgerechtigkeit erreichen und dazu das Instrument **Eg-Check-Verfahren** in der Verwaltung einsetzen.

Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der City West pflegen

Eine umweltverträgliche und sozial gerechte Wirtschaftspolitik steht bei Bündnis 90/Die Grünen im Fokus. Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein ökonomisches Schwergewicht unter den Bezirken: ein Berliner Wirtschaftszentrum, das geprägt ist von Handel und Dienstleistung, aber auch von Forschung und Entwicklung rund um die Hochschulen am Ernst-Reuter-Platz. Hier starten Gründer*innen und begegnen einer vielfältigen Gewerbestruktur, die sich mit Kreativität und Innovationskraft ebenfalls auf den Weg ins 21. Jahrhundert gemacht hat. Diesen Vielklang von im besten Sinne etablierter Wirtschaftskultur, von lokalem Kleingewerbe und Experimentierfeld gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Unsere wichtigsten Ziele für die kommenden Jahre:

- **die City West stärken und pflegen,**
- **Flächen für kleinteilige und lebendige Gewerbestruktur sichern,**
- **Verdrängung alteingesessener Betrieb stoppen,**
- **Einzelhandels- und Geschäftsstraßen-Initiativen stärken,**
- **Gründer*innen nachhaltig unterstützen und begleiten,**
- **sozial, ökologisch und kulturell innovative Unternehmen fördern,**
- **eine faire Vergabe- und Beschaffungspolitik im Bezirk durchsetzen,**
- **Erwerbslosen neue Chancen geben.**

Neben dem von Hauptstadtfunktionen geprägten Zentrum in Mitte ist die City West Berlins wichtigstes Wirtschaftszentrum mit den Eckpfeilern Tauentzienstraße und Kurfürstendamm, dem Messegelände, dem Internationalen Kongresszentrum ICC und dem Hochschul-Campus Charlottenburg. Vom Senat jahrelang vernachlässigt, hat sich unsere City West mit steigender Wirtschaftskraft neu belebt und verjüngt.

Besonders wichtig ist uns, dass die geplanten Erweiterungen der Ladenflächen am **Kurfürstendamm** nicht zu Lasten von Kultur und Unterhaltung gehen. Die verbliebenen Theater, Kinos und Gaststätten braucht der Boulevard, um nicht zur bloßen Einkaufsmeile zu werden.

Es ist auch ein Skandal, dass das weltweit gerühmte und begehrte **ICC** jahrelang heruntergewirtschaftet und letztlich stillgelegt wurde. Wir fordern für das ICC eine tragfähige Planung, die seine Bedeutung als weltweit führender Kongressstandort neu belebt. Auf keinen Fall wollen wir hier ein Shopping-Center sehen!

Für den Campus **Charlottenburg**, den Bereich rund um die Technische Universität und die Universität der Künste, brauchen wir ein Konzept, das die Universitäten stärkt und neben Forschung und Wissenschaft auch neuen Platz für Existenzgründungen und für studentisches Wohnen bietet. Eine bessere Öffnung des Campus zur Stadt ist wichtig für einen breiten Austausch zwischen Stadtgesellschaft, Wissenschaft und Künsten.

Die Vielfalt in Handel und Dienstleistungen sichern

Nicht allein das Charlottenburger „Silicon Valley“ am Ernst-Reuter-Platz steht für Innovation, auch die vielen kleinen und mittleren Betriebe in allen Teilen des Bezirks. Dabei sind sie von steigenden Mieten und der Gefahr der Verdrängung in gleichem Maße betroffen wie Mieter*innen von Wohnungen. Wir sehen mit Sorge, wie kleine Ladengeschäfte für den täglichen Bedarf und Handwerksbetriebe mit jahrzehntelanger Tradition für Bekleidungsketten oder In-Restaurants weichen müssen.

Die vielfältige Geschäftsstraßenkultur ist ein wichtiges Merkmal für den Bezirk und Teil seiner Anziehungskraft für Berlinerinnen und Berliner wie auch für Touristen. Doch durch Übernutzung, steigende Gewerbemieten und den Bau immer weiterer Einkaufszentren leiden die klassischen Einkaufsstraßen und büßen ihre Bedeutung als Rückgrat und Aufenthaltsräume der Kieze ein. Hier werden wir alle bezirklichen Instrumente nutzen um die Vielfalt der Gewerbestruktur im Bezirk zu erhalten: dazu gehört in erster Linie die Erarbeitung eines **Geschäftsstraßen- und Einzelhandelskonzepts**. Die Diskussion um das ICC hat gezeigt, dass die unkontrollierte Ausweisung großflächiger Shopping-Center den Einzelhandel in der Umgebung – ob Bäckerei, Blumenladen oder Friseursalon - massiv unter Druck setzt und unnötige Verkehrsbelastungen hervorruft. Für den Erhalt der vielen kleinen Zentren um die Ecke werden wir uns gemeinsam mit Initiativen von Gewerbetreibenden und Anwohner*innen einsetzen: für eine Stadt der kurzen Wege und für lebendige Quartiere im Bezirk.

In 2014 hat das Berliner Abgeordnetenhaus die gesetzlichen Voraussetzungen für den Aufbau von **Immobilien- und Standortgemeinschaften (BIG)** geschaffen. Mit dem Gesetz können nun auch Eigentümer*innen und Geschäftsleute die Gestaltung und Verbesserung ihres Standortes in finanzieller Eigenregie organisieren. Die grüne Handschrift des Gesetzes zeigt sich vor allem in der Beteiligung der Anwohner*innen und der Bezirksverordnetenversammlung, um die Konzepte von Standortgemeinschaften von einer breiten Mehrheit zu tragen.

Zu einer ökologischen und regionalen Versorgung gehören für uns auch die zahlreichen **Wochenmärkte** im Bezirk. Sie machen die Kieze lebendig, sie sind auch Orte der Begegnung und des sozialen Miteinanders. Wie in der vergangenen Wahlperiode werden uns weiter dafür einsetzen, die Märkte in bezirklicher Verwaltung zu erhalten und dem Privatisierungsdruck entgegenwirken. Gerade kleinere Standorte wollen wir stärken und dazu auch neue, themenbezogene Konzepte entwickeln, wie sie etwa am Mierendorffplatz bereits erfolgreich umgesetzt sind.

Stadtverträglicher Tourismus

Neben dem Einzelhandel sind **Tourismus und Gastronomie** Eckpfeiler des Wirtschaftslebens im Bezirk. Auch hier gilt es, die rasante Entwicklung gemeinsam mit Hoteliers und Gastronomen, mit Anwohner*innen und Kiezinitiativen nachhaltig zu gestalten. Auch hier findet Verdrängung statt und fühlen sich ganze Nachbarschaften von einem unkoordinierten Boom überrollt. Dabei sind die Bedingungen in jedem einzelnen Quartier unterschiedlich: wo an einer Stelle Tische und Stühle auf dem Gehweg Leben in die Straße bringen, ist anderenorts kaum noch ein Durchkommen. Wir werden uns für einen Interessenausgleich und einvernehmlich erstellte Konzepte einsetzen, die den besonderen Verhältnissen in den Kiezen Rechnung tragen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um es den Bezirken zu ermöglichen, wieder eine **Smiley-Liste** der untersuchten gastronomischen Betriebe im Internet zu veröffentlichen. So können die Verbraucher*innen schnell einsehen, wie die Gastronomie in ihrem Kiez abgeschnitten hat.

Neue Unternehmensideen fördern

Mit Projekten wie dem Charlottenburger Innovations-Centrum (CHIC) und dem UCW - Unternehmerinnen-Centrum West ist der Bezirk ein **Zentrum für Gründungen** in Berlin geworden. Diese Erfolgsmodelle haben wir mit initiiert und begleitet; Politik und Verwaltung müssen sich hier noch stärker engagieren, um die großen Potenziale der vielen kreativen Menschen im Bezirk zu erschließen.

Wir wollen Einrichtungen wie das UCW dauerhaft sichern und Chancen für Neuansiedlungen und neue Arbeitsplätze konsequent nutzen, wie z. B. bei der Nachnutzung des Flughafens Tegel. Insbesondere die Gründung innovativer Unternehmen der **Green Economy** wollen wir fördern. Die Forschung und Entwicklung in Bereichen der ökologischen Stadtentwicklung, in Umwelttechnologien, nachhaltiger Mobilität und erneuerbaren Energien, aber auch in Bildung und Gesundheit werden wir weiter unterstützen. Digitale und ökologische Innovationen müssen kreativ zusammen geführt werden. Berlin soll hier Vorreiter werden.

Auch in Zukunft brauchen innerstädtische Quartiere dafür Räume und Gewerbeflächen: Neue Bauprojekte müssen die **Berliner Mischung von Wohnen und Arbeiten** berücksichtigen und bezahlbare Räume für Handel, Gewerbe und Gründer*innen bereithalten.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der bezirklichen **Wirtschaftsförderung** zu, die gute Arbeit leistet, aber nach wie vor personell und finanziell unzureichend ausgestattet ist. Hier setzen wir uns für eine Verstärkung und eine verbesserte Anbindung an das Wirtschaftsressort und weitere Abteilungen des Bezirksamts ein. Die Zusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftsverbänden und dem Jobcenter, mit Einrichtungen wie BerlinPartner oder dem Regionalmanagement City-West werden wir zielorientiert weiterentwickeln.

Dazu gehört auch die verbesserte Darstellung und Vermittlung von Fördermöglichkeiten für Gründer*innen auf Europäischer, Bundes- und Landesebene. Hier müssen Bezirk und Wirtschaft zusammenarbeiten, um Licht in den Fördermittelschmelze zu bringen. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf Unternehmen, die erwerbslosen Bürger*innen neue Chancen eröffnen; ebenso wie auf die Förderung von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu gehört auch, dass die Wirtschaftspolitik im Bezirk Mehrsprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz würdigt, einen verbesserten Zugang zu Fördergeldern vermittelt und Anschluss an Unternehmensverbände herstellt.

Nachhaltig Wirtschaften – Ressourcen schonen

Innovation heißt für uns auch kreatives, ökologisches und sozial engagiertes Unternehmer*innentum. Wir unterstützen neue Formen des Wirtschaftens, die auf kooperativer oder genossenschaftlicher Basis ausgetretene Pfade verlassen und gemeinwohlorientiert agieren wollen. Charlottenburg-Wilmersdorf soll auch dadurch ein Ort der ökonomischen Vielfalt werden, dass der Bezirk alternative Projekte fördert und in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt.

In Produktion, Handel und Dienstleistungen kann sehr viel mehr an Energie und Ressourcen gespart werden als bislang. Wir wollen das **Modell Ökoprotit** neu beleben, mit dem Unternehmen belohnt werden für neue und besonders sparsame Konzepte im Umgang mit Energie, Materialverbrauch,

Abfallverminderung und Abfallrecycling. Dabei ist uns die Vermeidung der Lebensmittelverschwendung und das Recyceln von Elektronik-Geräten besonders wichtig.

Eine Möglichkeit, Abfallberge zu reduzieren ist die gemeinsame Reparatur von defekten Gebrauchsgegenständen. Reparatur-Initiativen wie **Repair Cafés** in unserem Bezirk werden wir weiter unterstützen. Sie tragen zu einer Kultur der Nachhaltigkeit bei, schaffen ein Gemeinschaftsgefühl und regen Menschen dazu an, ihre Gewohnheiten zu hinterfragen. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen, die kein Geld für einen Neukauf haben oder die aus ökologischer Überzeugung das Bestehende erhalten wollen. So kann das Sammeln, Reinigen und Reparieren von gebrauchtem Spielzeug ein besonderes Vergnügen bereiten. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Recycling-Höfe für nichtkommerzielle Reparatur-Initiativen Ersatzteile zur Verfügung stellen dürfen.

Mit einer Informationskampagne wollen wir das Bewusstsein für **Ressourcen- und Umweltschutz** schärfen und dabei die Zusammenarbeit mit Handwerksbetrieben nach Kräften fördern. Auch in der Verwaltung soll der Verbrauch von Rohstoffen und Energie deutlich verringert werden.

Fair wirtschaften

Charlottenburg-Wilmersdorf ist Fair-Trade-Town. Eine Auszeichnung, die verpflichtet: der Bezirk ist aufgerufen, Produkte aus **fairem Handel** in allen seinen Einrichtungen, in Schulen, Kitas und Kantinen zu nutzen. Die Einkaufspolitik der Bezirksverwaltung muss konsequent auf Produkte ausgerichtet sein, deren Hersteller*innen soziale und ökologische Kriterien einhalten.

Wir werden bei allen Beschaffungsmaßnahmen darauf achten, dass die Einhaltung dieser Standards gewährleistet ist und von der Verwaltung auch regelmäßig kontrolliert wird. Das gilt gleichermaßen für die **Ausschreibung und Vergabe** von Arbeitsaufträgen durch die Bezirksverwaltung. Hier sind die gesetzlichen Anforderungen an faire Löhne und gesicherte Arbeitsbedingungen vom rotschwarzen Senat leider erheblich aufgeweicht worden. Wir fordern den Bezirk auf, sich bei allen Auftragsvergaben an den internationalen Kernarbeitsnormen zu orientieren. Die Bezirksverwaltung soll ihre Vergabeentscheidungen offenlegen und unter sozialen wie ökologischen Kriterien ausreichend begründen können.

Den sozialen Arbeitsmarkt neu beleben

Der Bezirk muss seine beschränkten Gestaltungsmöglichkeiten für eine **verbesserte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik** konsequenter nutzen. Die geplanten Arbeitsmarktmaßnahmen der Bundes- wie der Landesebene kann er nur noch zur Kenntnis nehmen. Wir werden aber die verbliebenen Einflussmöglichkeiten auf die Maßnahmenplanung auf Bezirks- und Landesebene weiterhin nutzen, um sinnvolle Projekte für Erwerbslose und Geflüchtete zu organisieren. Ein sinnvolles Beispiel sind die Stadtteilmütter und Integrationslosen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung wollen wir mit einer verstärkten Kooperation von Arbeitsagentur, Jobcenter, Berufsschulen und Bezirksverwaltungen den Berufseinstieg erleichtern.

Um **neue Arbeitsmarktprojekte** zu ermöglichen, unterstützen wir die Forderung der Bündnisgrünen in Bund und Land, einen zweiten sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. Das würde uns erlauben, eigenständige Projekte wie die kostenlose Energiesparberatung wieder fortzuführen. Solche Maßnahmen schaffen eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Erwerbslose und Geflüchtete werden qualifiziert und können sich mit dieser Ausbildung auf dem Erwerbsmarkt bewerben. Der Bezirk und die Gesellschaft profitieren, weil diese Projekte ihr Wissen und ihre Unterstützung anbieten und so zu vielen kleinen Verbesserungen beitragen (z. B. Energie und Geld sparen), um am Ende eine große Gesamtwirkung zu entfalten.